

Niederschrift

der IX/4. Sitzung

Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Dienstag, 3. Februar 2015
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Sitzungsraum des Rathauses in Schmallenberg

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Bernhard Halbe

Ausschussmitglieder

Hans-Georg Bette
Alfons Brüggemann
Dieter Eickelmann
Ralf Fischer
Hubertus Heuel
Gerd Kaspari
Franz-Josef Klauke
Jürgen Meyer
Franz-Josef Pape
Ludwig Poggel
Jörg Schirrey
Werner Voss
Wilfried Welfens
Stefan Wiese
Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Erster Beigeordneter Burkhard König
Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
Stadtoberamtsrätin Nicole Mette zu TOP 1 ö. T.
Stadtangestellter Josef Schörmann
Stadtforstoberamtsrat Siegfried Hunker zu TOP 2 nö. T.
Stadtamtsrat Christian Erb
Stadtangestellter Michael Schauerte zu TOP 4 ö. T.
Stadtangestellter Marius Heinemann

Schriftführerin

Stadtoberinspektorin Anja Lingemann

Zur Tagesordnung stehen:

A. ÖFFENTLICHER TEIL		Vorlage:
1.	Haushaltsstrukturkonzept 2015	IX/183
2.	Nachfolgenutzung Valentinschule	IX/185
3.	Änderung des Flurbereinigungsplanes der Flurbereinigung Rarbach vom 20.05.1976 - Satzungsbeschluss	IX/172
4.	Digitale Ratsarbeit - Erlass der 1. Änderung zur Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Schmallenberg vom 18.05.2006	IX/180
5.	Bericht der Verwaltung	
6.	Verschiedenes	
B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL		Vorlage:
1.	Veräußerung von Bauplätzen im Baugebiet "Leisterfeld III", Stadtteil Bad Fredeburg	IX/184
2.	Holzeinschlags- und Rückearbeiten im Stadtwald Schmallenberg - Auftragsvergabe	IX/186
3.	Bericht der Verwaltung	
4.	Verschiedenes	

Bürgermeister Halbe eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Herr Halbe weist darauf hin, dass zwei Anfragen von der B'90/Die Grünen-Fraktion vorliegen, die im Laufe der Sitzung beantwortet werden. Des weiteren gebe es zum Punkt "Haushaltsstrukturkonzept 2015" einen Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion, der am Nachmittag über den E-Mail-Verteiler an alle Ratsmitglieder versandt worden sei; darüber hinaus liegen Kopien zur Verteilung bereit.

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Haushaltsstrukturkonzept 2015 IX/183

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr König erläutert ausführlich das Haushaltsstrukturkonzept 2015.

Herr Poggel richtet seinen Dank an die Verwaltung, dass so schnell nach den Haushaltsplanberatungen gehandelt worden sei. Das Thema werde die Stadt Schmallenberg über Jahre beschäftigen. Das vorgelegte Papier sei interessant und auch spannend in der

Umsetzung. Vom Grundsatz her begrüße die CDU-Fraktion das Konzept, auch als Leitlinie insgesamt. Die CDU-Fraktion habe den zu Beginn der Sitzung von Bürgermeister Halbe genannten Ergänzungsantrag gestellt. In Namen der CDU-Fraktion bittet er auch die anderen Fraktionen um Zustimmung.

Herr Pape hält das vorgelegte Haushaltsstrukturkonzept für eine vernünftige Grundlage für das, was in den Haushaltsplanberatungen beschlossen worden sei. Er moniert, dass es keine Aussage zu den Sachkosten gebe. Gut finde er, dass die Abteilungsleiter eingebunden werden und man eine Art Wettbewerb ausschreibe, in dem die Abteilungsleiter die Vorschläge präzisieren. Er vermisse ein Straßenunterhaltungskonzept bzw. ein Kataster für Straßen. Herrn Poggel sichert er Unterstützung zu Maßnahmen zu, die zur finanziellen Stabilität der Stadt Schmallenberg beitragen.

Herr Halbe teilt zum Straßenkonzept mit, dass er den Dienstantritt des neuen Leiters des Bauamtes zum Jahresbeginn abgewartet habe, so dass dieser sofort in das Straßenkonzept mit eingebunden werden könne. Dies werde in nächster Zeit angegangen.

Herr Eickelmann führt aus, dass die finanzielle Situation der Stadt Schmallenberg Segen und Fluch zugleich sei; Fluch, weil der notwendige Handlungsdruck fehle. Hinsichtlich des Personalaufwandes sei es gut, eine Haushaltssperre zu setzen. Damit sei grundsätzlich noch nichts gewonnen, die Maßnahmen müssen noch kommen. Gut 200.000 € an Personalkosten einzusparen bedeute fünf Mannjahre. Zum Vorschlag, das Gebäudemanagement um einen Facility-Manager zu ergänzen, erwarte er eine Entscheidungsvorlage. Ein Facility-Manager müsse nicht eigenes Personal sein, sondern es könne auch extern jemand damit beauftragt werden. Dann wären es variable Kosten und nicht wie beim eigenen Personal fixe Kosten. Des weiteren freue er sich, dass das Thema Kennzahlen aufgegriffen werde. Sich von nicht mehr genutzten Immobilien zu trennen, finde er gut. Er stellt die Frage, ob es auch ein Verzeichnis über unbebaute Grundstücke gebe. Hinsichtlich sonstiger Optimierungsmaßnahmen habe er zum Punkt "Überprüfung der eingesetzten Hard- und Software" den Vorschlag, die IT-Abteilung nach einer DIN-Vorschrift zu zertifizieren. Dies bringe Vorteile und sei langfristig eine gute Sache. Bezüglich Grünflächenpflege äußert er die Anregung, darüber nachzudenken, dass der Bauhof Geräte leihweise zur Verfügung stelle. Gerade bei den Sachkosten solle den Verantwortlichen eine prozentuale Vorgabe zur Einsparung vorgegeben werden. Daher beantrage er, klare Zielvorgaben zu machen und die Verantwortlichen zu bitten, Vorschläge zu unterbreiten.

Herr Welfens versteht nicht, dass den Mitarbeitern der Verwaltung so wenig zugetraut werde. Eine Haushaltssperre für den Personalaufwand zu verhängen, und zwar einzig für diesen Bereich, finde er nicht in Ordnung. Er stellt die Frage, ob der Personalrat in die Überlegungen mit einbezogen worden sei. Des weiteren fragt er, wofür ein Facility-Manager gebraucht werde. Er bittet, plausibel zu machen, wofür der Facility-Manager eingestellt werden soll. Auf der einen Seite solle Personal, z. B. in den Kindergärten, abgebaut werden und auf der anderen Seite sollen Hauptlinge eingestellt werden.

Herr König erklärt, dass im Haushaltsstrukturkonzept die Einsparung des Personalaufwandes drinstehe, weil dieser einen großen Block des Haushalts darstelle. Er habe in der Vorlage eine Reihe von Maßnahmen aufgezeigt, an denen man drehen könne. Bezüglich der Haushaltssperre stehe in der Vorlage, dass als äußeres Zeichen vorgeschlagen werde, den im Haushalt 2015 geplanten Personalaufwand in Höhe des übersteigenden Betrages von 203.900 € mit einer Haushaltssperre zu belegen. Der Vorschlag der Haushaltssperre solle gegenüber dem Rat dokumentieren, dass man was tun wolle. Zum Facility-Management: Man könne nicht überall Personal entblößen. Da, wo es erforderlich sei, müsse man auch Personal einstellen. Zum Beispiel könne man aber im Kindergartenbereich durch geschicktes Steuern den einen oder anderen Euro einsparen.

Herr Dicke informiert, dass ein Facility-Manager jemand sein solle, der sich im Bereich Gebäudetechnik auskenne, der die Daten der Gebäude kenne und entsprechend handeln könne. Beim Datenvergleich falle auf, dass erhebliche Mittel bei den Energiekosten eingespart werden können. Dafür solle ein Facility-Manager eingesetzt werden. Durch die erzielten Einsparungen solle sich dieser selber tragen.

Herr Welfens fragt, ob nicht aus dem bestehenden Personal jemand gefunden werden könne, der diese Aufgabe übernehmen könne.

Herr Dicke erläutert, dass im Bereich Gebäudemanagement ein Ingenieur und ein Mauerermeister beschäftigt seien. Bei über 80 städtischen Gebäuden könne mit diesen Mitarbeitern die Hülle der Gebäude bearbeitet werden. Alles, was sich im Inneren der Gebäude abspiele, müsse zugekauft werden.

Herr Heuel führt aus, dass er glaube, dass für diesen Bereich Personal fehle. Für den Hochbaubereich sei Personal da, jedoch an der Grenze. Ein sogenannter Facility-Manager sei heute in jedem mittelständischen Unternehmen vorhanden. Er sei überzeugt, dass ein Facility-Manager seine Kosten selber einbringe. Facility-Management sei ein eigener Studiengang und ein permanenter Prozess. Er warne davor, diese Leistung einzukaufen, eben weil es ein permanenter Prozess sei. Seiner Meinung nach könne ein Facility-Manager eine gewisse Planungsbegleitung sein, aber auch Standards in der Technik setzen und Know-how ansiedeln. Er halte viel davon, das Facility-Management selbst zu machen und nicht einzukaufen.

Herr Eickelmann spricht sich dafür aus, trotzdem eine Entscheidungsmöglichkeit zwischen externer Vergabe und eigenem Personal zu haben und schlägt dazu die Vorlage einer Entscheidungsvorlage vor.

Herr Welfens wundert sich, dass heute Einzelheiten der Vorlage so detailliert diskutiert werden. Er habe gedacht, die Punkte gehen jetzt in die Ausschüsse. Zu seiner Frage nach der Beteiligung des Personalrats habe er noch keine Antwort erhalten.

Herr König erklärt, dass der Personalrat natürlich in allen Einzelfragen beteiligt werde. Die globale Entscheidung über den Personalaufwand stehe jedoch dem Rat zu.

Zur Frage von Herrn Eickelmann nach einem Verzeichnis für unbebaute Grundstücke teilt Herr König mit, dass die Verwaltung dabei sei, auch die Grundstücke in die Software zu übernehmen.

Herr Meyer findet, dass das Thema Personal ein zweiseitiges Schwert sei. Schließlich gehe es dabei auch um Service für die Bürger. Hinsichtlich der in der Vorlage unter dem Punkt Stadtwerke erwähnten Umstellung von der Fremdkapitalverzinsung auf die Eigenkapitalverzinsung bittet er um nähere Erklärung. Herr König erläutert daraufhin die Thematik der Verzinsung der Stadtwerke. Die GPA habe ein zusätzliches Gebührenpotential von jährlich 632 T € aus der Umstellung von der Fremdkapital- auf Eigenkapitalverzinsung erkannt.

Herr Pape kritisiert den Antrag der CDU-Fraktion. Das seien nur allgemeine Sätze. Der Antrag solle von der CDU-Fraktion überarbeitet werden.

Daraufhin nimmt Herr Bette zu dem Antrag der CDU-Fraktion Stellung und erläutert, was die CDU-Fraktion zu dem Antrag bewogen habe. Die Erfahrungen aus dem Haushaltsstrukturkonzept 2005 haben gezeigt, dass bei Einsparungen die Interessen der Bürger betroffen seien. Es sollen nicht nur die Frage, was man wolle - nämlich Sparen - und wie - die Maßnahmen - beantwortet werden, sondern insbesondere auch die Frage warum man sparen wolle. Wie im Antrag aufgeführt, solle auch die Gestaltungsfreiheit der

Stadtvertretung in Bezug auf freiwillige Leistungen und Investitionen sowie eine niedrige Belastung der Bürger/innen und Unternehmen durch Steuern und Abgaben langfristig sichergestellt werden. Damit solle die Frage, warum gespart werden solle, beantwortet werden und der Bogen zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) hergestellt werden. Dort seien die drei Oberziele - gute Versorgung der Bürger, Finanzierbarkeit und Attraktivität - formuliert. Diese drei Ziele stehen in einem gewissen Spannungsfeld. Und das müsse den Bürgern erklärt werden. Das sei der Grund für den Antrag. Das Papier enthalte keine konkreten Sparvorschläge. Es solle aber dargestellt werden, wie sich die Politik bewusst mit der Finanzpolitik befasse und dazu dienen, den Bürgern begreiflich zu machen, warum gespart werden solle.

Herr Eickelmann führt aus, dass der Vorschlag der CDU-Fraktion gut gemeint sei, aber er halte ihn für überflüssig. Die drei Kriterien des ISEK - Bürger gut versorgen, finanzierbar und attraktiv sein - halte er für ausreichend. Je mehr Kriterien formuliert seien, je schwerer werde es, Entscheidungen im Einzelfall zu treffen. Er ist der Meinung, es bei den drei Zielen des ISEK zu belassen. Das seien die wichtigsten.

Herr Meyer erklärt, dass er in dem Antrag der CDU-Fraktion wesentliche Unterschiede zur Vorlage nicht erfasst habe. Der letzte Satz des Antrags habe ihn erfreut. Sein Vorschlag sei jedoch die Formulierung: "Transparenz und offene Kommunikation sind obligatorisch, Ausnahmen sind zu begründen."

Herr Poggel beantragt, den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion als Anlage zur Vorlage zu heften.

Herr Welfens hält den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion für nicht nötig.

Herr Pape bemerkt, dass die BFS-Fraktion dies auch so sehe.

Herr Bette erklärt, dass heute kein Streit gewollt sei, wenn kein Konsens erkennbar sei. Der Antrag sollte nur ein Versuch sein, die Einsparungen nach außen transparent zu machen. Es gehe darum, die Menschen bei den Einsparungen mitzunehmen.

Herr Wiese fragt, wo die Kindergarten-Rücklage in Höhe von rd. 700.000 € herkomme.

Herr König teilt mit, dass die Kindergarten-Rücklage über viele Jahre aufgebaut worden sei. Die Kindpauschale sei höher gewesen als die tatsächlichen Aufwendungen. Die Differenz sei in eine Rücklage geflossen, die damit nach und nach aufgebaut worden sei. Allerdings handele es sich hierbei nur um Buchgeld.

Herr Halbe ergänzt, dass durch die Förderung des U3-Ausbaus eigene Mittel geschont worden seien. Die Kindergarten-Rücklage sei Thema für den Jugendhilfeausschuss.

Herr Pape stellt die Frage, ob nicht eine Rückzahlung eingeplant werden müsse.

Herr Poggel bemerkt, dass die CDU-Fraktion heute auf den Ergänzungsantrag verzichte.

Herr Bette erklärt, dass die CDU-Fraktion den Ergänzungsantrag zurückziehe.

Herr Poggel spricht sich dafür aus, wohlwollend mit dem Konzept umzugehen und der Verwaltung auch etwas zuzutrauen. In Richtung von Herrn Eickelmann führt er aus, nicht auf eine externe Vergabe des Facility-Managements zu setzen und auch keine Zielvorgaben an die Verwaltung zu richten. Vielmehr solle der Verwaltung und der Politik mehr zugetraut werden und das Weitere gemeinsam erarbeitet werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass Herr Halbe den Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung stellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung bei einer Enthaltung einstimmig vor, das Haushaltsstrukturkonzept 2015 zu beschließen. Der im Haushaltsplan 2015 ausgewiesene Personalaufwand von 9.647.800 € wird mit einer Haushaltssperre in Höhe von 203.900 € belegt.

TOP 2 Nachfolgenutzung Valentinschule IX/185

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und werden von Herrn Erb erläutert.

Die von den Ausschussmitgliedern aufgeworfenen Fragen werden von Herrn Halbe und Herrn Erb beantwortet.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 3 Änderung des Flurbereinigungsplanes der Flurbereinigung Rarbach vom 20.05.1976 - Satzungsbeschluss IX/172

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt, die Satzung über die Änderung des Flurbereinigungsplanes der Flurbereinigung Rarbach vom 20.05.1976 zu erlassen und die Wegeparzelle Gemarkung Rarbach, Flur 6, Flurstück 401 in Größe von 102 m² einzuziehen sowie das Grundstück Gemarkung Rarbach, Flur 6, Flurstück 403 in Größe von 102 m² entsprechend als neue Wegefläche zu übernehmen.

TOP 4 Digitale Ratsarbeit - Erlass der 1. Änderung zur Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Schmallenberg vom 18.05.2006 IX/180

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Halbe führt aus, dass die Auswertung der Testphase und die Änderungsvorschläge zur Geschäftsordnung, die auf den Empfehlungen des Städte- und Gemeindebundes NRW basieren, in den Anlagen zur Vorlage aufgeführt sind. Parallel habe die Verwaltung eine Abfrage zur Einführung der digitalen Ratsarbeit bei allen Ratsmitgliedern gestartet.

Herr Eickelmann regt an, dass die iPads mit einer Druckerfunktion über WLAN ausgerüstet werden sollten.

Herr Schauerte erklärt zunächst grundsätzlich, dass keine iPads, sondern Samsung-Tablets zum Einsatz kommen sollten. Bei den Samsung-Tablets sei die Druckfunktion einfach zu steuern. Der Drucker könne direkt über WLAN angesteuert werden.

Auf die Frage von Herrn Wiese, ob auch der Fraktionsgeschäftsführer mit einem Gerät ausgestattet werde, erklärt Herr Halbe, dass dies bisher kein Thema gewesen sei.

Herr Welfens hält eine Tasche bzw. Hülle für das Tablet für erforderlich. Herr Schauerte erläutert, dass diese mit angeschafft werden soll und diese sowohl als Schutzhülle als auch als Aufsteller diene.

Auf Nachfrage von Herrn Welfens und Herrn Pape wird von der Verwaltung mitgeteilt, dass sowohl eine Einführung in die Handhabung der Geräte stattfinden, als auch schriftliche Unterlagen dazu bereit gestellt werden sollen.

Herr Welfens bezieht sich auf die Vorlage, wonach Ratsmitglieder, die ein mobiles Endgerät haben möchten, damit ausgestattet werden sollen. Sachkundige Bürger sollen wegen der geringen Anzahl der Sitzungen jedoch kein Gerät erhalten. Er fragt, ob diese Bürger zweiter Klasse seien und warum nicht wenigstens die sachkundigen Bürger der Fachausschüsse ausgestattet werden.

Hierzu entgegnet Herr Halbe, dass sich dann die sachkundigen Bürger der Bezirksausschüsse als Bürger zweiter Klasse fühlen würden. Vorschlag der Verwaltung sei, zunächst die Gruppe der Mandatsträger mit den Geräten auszustatten, die von der Sitzungshäufigkeit und der Zahl der Vorlage am meisten betroffen seien und das seien die Ratsmitglieder. Bei den sachkundigen Bürgern stehen dagegen nur zwei bis drei Sitzungen pro Jahr an. Da stelle sich die Frage, ob sich der Aufwand lohne. Deshalb seien die sachkundigen Bürger zunächst zurückgestellt worden.

Herr Poggel stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, alle Ratsmitglieder generell mit mobilen Endgeräten auszustatten und dem ein oder anderen Ratsmitglied, das daneben Papierunterlagen wünsche, diese parallel zur Verfügung zu stellen, zumindest für eine Übergangszeit. Diesem Vorschlag wird von den anderen Fraktionen zugestimmt.

Herr Halbe stellt dar, dass aufgrund dieser neuen Erkenntnisse die Umfrage geändert werden müsse. Zu prüfen sei dann ferner, ob aufgrund des Volumens der Bestellung eine Ausschreibung erforderlich werde. Herr Schauerte ergänzt, dass bei einer Anschaffung von 38 Geräten mit einer Auftragshöhe von etwa 10.000 € zu rechnen sei. Damit käme man in den Bereich einer öffentlichen Ausschreibung.

Herr Halbe fasst abschließend zusammen, dass die Verwaltung die Beschaffung dann so auf den Weg bringen werde und den Auftrag aus dem Haupt- und Finanzausschuss mitnehme, die notwendige Beschaffung der mobilen Endgeräte vorzubereiten.

Anschließend wird der Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung gestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt zur Einführung der digitalen Ratsarbeit bei der Stadt Schmallenberg die der Vorlage als Anlage 3 beigefügte 1. Änderung zur Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Schmallenberg vom 18.05.2006.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

TOP 5.1 Sprachkurse für Asylbewerber

Herr König berichtet, dass mit Herrn Hesse, Volkshochschule Hochsauerlandkreis (VHS HSK), die Fortsetzung des im Dezember 2014 beendeten Sprachkurses für Asylbewerber erörtert worden sei. Laut den vorgelegten Teilnehmerlisten nahmen bis zum Ende des

Sprachkurses 13 Flüchtlinge von ursprünglich 20 regelmäßig am Sprachkurs teil. Aus diesem Kreis sei auch regelmäßig der Wunsch geäußert worden, einen Aufbausprachkurs zu besuchen. Die VHS HSK halte die Teilnehmerzahl für ausreichend, um einen Aufbausprachkurs im Februar 2015 zu starten. Da niedrigschwellige Sprachkurse von der Caritas-Konferenz in Bad Fredeburg durchgeführt werden, würde sowohl ein Angebot für Anfänger als auch für Fortgeschrittene vorgehalten. Ein Einstieg in den Aufbausprachkurs sei bei entsprechenden Vorkenntnissen auch durch andere interessierte Flüchtlinge möglich. Die Kosten für die Durchführung des Aufbausprachkurses belaufen sich auf ca. 1.100 €.

TOP 5.2 Vorrangflächen für Windkraft

- Anfrage der B'90/Die Grünen-Fraktion

Herr Meyer erläutert die folgende, mit Schreiben vom 29.01.2015 an den Bürgermeister gerichtete Anfrage der B'90/Die Grünen-Fraktion:

Derzeit erfolgt die Artenschutzprüfung in den Vorrangflächen für Windkraft. Es ist nicht auszuschließen, dass die Prüfung Flächen als "nicht geeignet" feststellt.

Wann ist aus heutiger Sicht mit dem Ergebnis der Untersuchungen zu rechnen?

Wie gestaltet sich das weitere Verfahren bei Nichteignung aller bzw. einzelnen Flächen?

Inwieweit sind dann die Flächen des Regionalplanes zu berücksichtigen?

Hierzu gibt Herr Halbe folgende Antworten:

Zu Frage 1 - Wann ist aus heutiger Sicht mit dem Ergebnis der Untersuchungen zu rechnen?

Auftragsgemäß sind die Arbeiten zur Fläche "Habichtsscheid" durch das Büro Mestermann bis Ende September 2015 zum Abschluss zu bringen.

Für die Fläche "Bracht/Knüppelhagen" soll das ASP-II-Gutachten durch das Büro Mestermann "eigentlich Anfang 2015" vorgelegt werden. Bislang waren offenbar keine "absoluten ko-Erkenntnisse" zu vermelden, die Fertigstellung des Gutachtens ist angekündigt. Allerdings beabsichtigen die Vorhabenträger noch die Nachbeauftragung einer Raumnutzungskartierung zum Schwarzstorch, die Auftragserteilung steht wohl relativ zeitnah zu erwarten. Damit verzögert sich der Abschluss der faunistischen Untersuchungen, soweit bislang vorgesehen, wohl auch in diesem Fall bis in den Sommer 2015 hinein.

Zu Frage 2 - Wie gestaltet sich das weitere Verfahren bei Nichteignung aller bzw. einzelner Flächen?

Die Stadt steht - unabhängig vom Regionalplan - praktisch in der Verpflichtung, der Windenergie auf ihrem Gebiet substantiell Raum zu geben. Die lfd. Verfahren sind deshalb ja bekanntlich auch schon vor dem Regionalplan begonnen worden. Von daher wäre beim Wegfall beider in Planung befindlichen Flächen auf jeden Fall in erneute Überlegungen zu anderweitigen in Frage kommenden Flächen einzusteigen. Hier könnte dann - auf Basis der stadt eigenen Eignungsflächenuntersuchung - in erster Linie an der Stellschraube "Mindestgröße der Fläche" (bislang 80 ha) als "weiches", d.h. veränderbares Tabu-Kriterium "gedreht" werden.

Zu Frage 3 - Inwieweit sind dann die Flächen des Regionalplans zu berücksichtigen?

Da das gesamte Stadtgebiet untersucht wird, wären die Flächen des Regionalplans zu berücksichtigen; auch eben schon, obgleich das Regionalplanverfahren noch läuft (wg. der Maßgabe: (auch) ""Ziele in Aufstellung" sind (in der Abwägung zu planungsrechtlichen Prozessen) bereit zu berücksichtigen").

TOP 6 Verschiedenes

TOP 6.1 Straßenbauprogramm

Herr Eickelmann bezieht sich auf einen Artikel in der "Westfalenpost" vom 23.01.2015 unter der Überschrift "Lebensqualität der Einwohner verbessern". Dort habe Bürgermeister Halbe im Interview gesagt: "Auch über das Straßenbauprogramm muss noch einmal gesprochen werden. Es steht zur Debatte, ob die Pläne zu ambitioniert sind und einige Maßnahmen besser ins Jahr 2016 verlagert werden sollen." Diese Aussage habe Herr Halbe vier Wochen nachdem der Rat den Haushalt 2015 beschlossen habe getätigt. Herr Eickelmann fragt, was hinter dieser Aussage stehe und ob es konkrete Überlegungen gebe.

Herr Halbe teilt mit, dass hier z. B. die Diskussion über den Ausbau der Straße "Auf der Mauer" dahinterstehe. Die Verwaltung habe sich viel vorgenommen und dies sei ein Punkt gewesen, den er sofort nennen konnte.

Herr Dicke ergänzt, dass es immer wieder vorkomme, dass ein Straßenausbau um ein Jahr verschoben werde oder die Ausschreibung erst im Herbst erfolge.